

Pascal Kober

- (A) hält in den Betrieben erhalten. Es gibt eine andere Studie – sie stammt vom Institut der deutschen Wirtschaft –, die von 25 Prozent spricht.

(Anette Kramme [SPD]: Das ist überhaupt keine wissenschaftliche Evaluierung!)

Irgendwo dazwischen wird vielleicht die Wahrheit liegen; wir müssen uns da nicht festlegen. Aber auf genau diesen Effekt wollen wir im Sinne der betroffenen Menschen nicht verzichten.

Ich füge hinzu: Es gibt darüber hinaus den Effekt, dass Menschen, die in Zeitarbeitsverhältnissen gearbeitet haben, zwar nicht in dem entleihenden Unternehmen tätig geworden sind, aber in einem anderen. Es gibt Studien, die davon ausgehen, dass dies in 20 Prozent der Fälle so ist. Ich sage für die christlich-liberale Koalition: Auf diesen positiven Effekt wollen wir nicht verzichten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Anette Kramme [SPD]: Schauen Sie doch mal in den Bericht aus Nordrhein-Westfalen!)

Frau Kramme, wir gestehen Ihnen zu, dass Sie dazu lernen wollen. Sie sollten allerdings nicht den Eindruck erwecken, dass dieses Dazulernen erst nach dem 28. September 2009 eingesetzt hat,

(Anette Kramme [SPD]: Das ist doch Blödsinn! Schauen Sie sich die alten Beschlüsse der Parteitage an! Das ist doch lächerlich! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Besser spät als nie!)

- (B) letztlich koalitionstaktisch motiviert ist und nicht der Sache entspricht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat das Wort der Kollege Ulrich Lange von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ulrich Lange (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr heutiger Antrag ist die Demonstration des späten schlechten Gewissens. Wie Sie selber sagen: In der Regierung haben Sie Fehler gemacht. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie das heute so sehen. In der Opposition haben Sie, nachdem Sie elf Jahre das Arbeitsministerium innehatten, diese Erkenntnis. Wir können Ihnen nur wünschen: Bleiben Sie in der Opposition!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen-Claudio Lemme [SPD]: Sie wollten nicht mitmachen!)

Jetzt versuchen Sie krampfhaft die Rolle rückwärts aus der – wie ich es das letzte Mal vor acht Wochen genannt habe – Populismusfalle.

(Anette Kramme [SPD]: Das wird allenfalls ein Purzelbaum!) (C)

– Es wird ein Salto mortale. Ihr ehemaliger Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement hat das damals als „Hartzer Rolle rückwärts“ bezeichnet.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch mal was zum Inhalt!)

Das ist ein Salto mortale rückwärts, um ganz links zu landen; das hat man gemerkt. Aber das schaffen Sie nicht.

(René Röspel [SPD]: Beim Salto mortale landet man genau da, wo man gestartet ist!)

Das hat Ihnen die Kollegin Krellmann gerade vorge-macht. Sie springen nach links,

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie zur Sache!)

und in der Zwischenzeit springen die Linken noch ein Stück weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie kommen nicht hinterher. Lesen Sie das Lafontaine'sche Manifest. Dann wissen Sie, was los ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das gefällt mir!)

– Es ist einfach so. Die heutige Debatte kann man nicht anders bewerten. (D)

Ich möchte Sie nicht nur schelten; denn in seiner Grundidee ist das AÜG richtig.

(Thomas Oppermann [SPD]: Jetzt kommen Sie mal zur Sache, Herr Kollege!)

Die jetzt vorgelegte Unterrichtung ist nichts anderes als eine Bilanz des Arbeitsministers Olaf Scholz.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie jetzt wieder bei dem Thema? Können Sie mal was zur Leiharbeit sagen?)

– Es nützt Ihnen nichts. Sie müssen sich das anhören. – Auf die positiven Effekte hat der Kollege Kober eben hingewiesen. Auch ich habe sie mir noch einmal aufgeschrieben: Die Leih- bzw. Zeitarbeit – ich verwende beide Begriffe, damit Sie zufrieden sind – ist ein wichtiger Faktor auf dem deutschen Arbeitsmarkt geworden. Wir wollen diesen wichtigen Faktor erhalten. Zeitarbeit schafft Perspektiven. Sie ist die Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, die wir so dringend brauchen.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist völliger Unsinn! Das stimmt überhaupt nicht! Leiharbeit ist eine Sackgasse!)

Außerdem handelt es sich um voll sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Ulrich Lange

- (A) Frau Kollegin Kramme, in einem Punkt kann ich Ihnen nicht recht geben. Bei der Zeitarbeit gelten die gleichen Arbeitnehmerschutzrechte wie in anderen Arbeitsverhältnissen. Sie behaupten, das stimme weder beim Urlaub noch beim Kündigungsschutz.

(Anette Kramme [SPD]: Wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie, dass ich das nicht behauptet habe!)

Das ist nicht richtig. Ich gehe davon aus, dass Sie das als Rechtskundige wissen, auch wenn Sie einen anderen Eindruck vermitteln wollen.

(Anette Kramme [SPD]: Wenn Sie zugehört hätten, würden Sie keine so dämliche Behauptung aufstellen!)

– Ich habe zugehört. – Ich nenne Ihnen noch einen Punkt, wo Sie die Linke nicht einholen werden – Sie gehen nur ein bisschen auf sie zu; die Linke geht viel weiter –: Wir wollen keine zusätzlichen Mitbestimmungsrechte in der Zeitarbeit.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben sie nun die gleichen Rechte oder nicht?)

Es wäre das Ende der Zeitarbeit, wenn wir versuchen würden, das über Einigungsstellen zu regeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das funktioniert nicht. Das kann ich Ihnen aus der Praxis berichten.

- (B) Frau Kollegin Hiller-Ohm, Sie haben auf die Kritik des DGB Bezug genommen. Ich habe mir das extra aus meinen Unterlagen herausgesucht. Schon wieder kann man sehen, wie nahe Sie an der Linken dran sind; denn die DGB-Kritik bezieht sich auf eine Kleine Anfrage der Linken aus der letzten Legislaturperiode, auf Drucksache 16/9410. Nennen Sie doch gleich Ross und Reiter. Sagen Sie, wohin Sie wollen. Setzen Sie sich in einer vereinigten Linken zusammen. Dann ist das in Ordnung; aber führen Sie keine solchen Debatten.

(Burkhard Lischka [SPD]: Kommen Sie zum Thema! – Der Abg. Steffen-Claudio Lemme [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein. Wenn Sie reden wollen, dann lassen Sie sich auf die Rednerliste setzen. Ansonsten rede heute ich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sagen überhaupt nichts!)

Die christlich-liberale Koalition steht zur seriösen und soliden Zeitarbeit. Wir sagen klar Nein zum Lohn-dumping und zum Drehtüreffekt.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wo sind denn die Maßnahmen? Einfach Nein zu sagen, reicht nicht aus!)

In meiner letzten Rede habe ich das bereits ausgeführt. Wir glauben an die Tarifvertragsparteien und möchten ihnen das überlassen. Schauen Sie sich den neuen Tarifver-

trag der BZA-DGB-Tarifgemeinschaft an. Es sind 3 Cent mehr als bei den christlichen Gewerkschaften. Ich würde vorschlagen, dass Sie die Kirche im Dorf lassen. (C)

Wir sagen Nein zum Missbrauch. Das haben Angela Merkel und Ursula von der Leyen deutlich gemacht. Geben Sie den Menschen durch die Zeitarbeit die Chance, auf den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Herzlichen Dank und frohe Ostern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/1155 und 17/464 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Richard Pitterle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Den Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht dem Zufall überlassen

– Drucksache 17/1149 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

(D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin das Wort der Kollegin Dr. Barbara Höll von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung von Steuerflucht funktioniert in Deutschland letztendlich nur noch über den Ankauf von illegal beschafften Steuersünder-CDs. Damit wird offenkundig der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. Sich auf kriminelle Machenschaften zu stützen, ist dem Anspruch eines Rechtsstaates nach Meinung der Linken nicht nur unwürdig, sondern auch ungerecht und ineffektiv, da rein willkürlich und zufällig.

Die Ergebnisse der internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung von Steuerflucht sind bescheiden, sofern überhaupt welche erreicht werden; denn etliche Steuerparadiese spielen ganz offenkundig auf Zeit. Aufgrund bloßer Absichtserklärungen, ohne auch nur einen Deut verändert zu haben, werden sie von der OECD nicht mehr als Steueroasen betrachtet.